

Wien, am Freitag, den 21. September 1928. Dritte Ausgabe-

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. September 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 18:15 Uhr die Sitzung.

Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen angenommen<sup>9</sup>  
die Entwürfe für einen Wohnhausbau auf der Landstrasse in der Khungasse und für eine städtische Wohnhausanlage in Favoriten in der Rachenbachgasse sowie für den städtischen Wohnhausbau in Fünfhaus in der Geyschlägergasse genehmigt.

Zunächst berichtet Gemeinderat Lötsch über den Ankauf der Liegenschaft in Ottakring in der Sandleitengasse. Die Grundfläche dieser Liegenschaft beträgt 1856 Quadratmeter. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 110.000 Schilling. Die Erwerbung der Liegenschaft ist für den Ausbau der Wohnhausanlage Sandleiten unbedingt notwendig.

G. R. Höppeler (E. L.) kritisiert, dass die Liegenschaft weit überzahlt ist. Sie wird von Fachleuten mit 40.000 Schilling bewertet der eigentliche Kaufpreis, den die Gemeinde bezahlt, macht aber 87.000 Schilling aus. In seinem Schlusswort erwidert der Berichterstatter, dass die Differenz von 87.000 Schilling auf 110.000 Schilling die Uebertragungsgebühr und die Wertzuwachsabgabe sind.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Pokorny berichtet über den Ankauf des Hauses der Arbeiterkrankenversicherungskasse in der Mollardgasse. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 250.000 Schilling.

GRin. Dr. Motzko (E. L.) erklärt, dass dieser Kauf für die Gemeinde ein sehr vorteilhaftes Geschäft ist. Das Haus ist heute mit 500.000 Schilling zu bewerten. Die Tatsache, dass die Gemeinde der Arbeiterkrankenkasse einige Jahre hindurch Räume für Ambulatorien zur Verfügung gestellt hat, ist dazu benützt worden, um den Preis herabzudrücken. Dazu noch ist die Arbeiterkrankenkasse durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in Not geraten, weshalb eine Preisdrückerei seitens der Gemeinde schon gar nicht am Platze ist.

In seinem Schlusswort stellt der Berichterstatter fest, dass die seinerzeitige Verwaltung von Räumen zu Ambulatorienzwecken seitens der Gemeinde bei den Ankauf des Hauses nicht in Betracht gezogen wurde.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Stadtrates Kunschak, dass Stadtrat Breitner im Stadtsenat darauf ausdrücklich hingewiesen hat, wird der Antrag angenommen.

St. R. Kokrda berichtet über den neuen Gebührentarif der Lagerhäuser der Stadt Wien. Der alte Gebührentarif stammte noch aus der Zeit der Inflation und musste den heutigen Verhältnissen angepasst werden. Der neue Tarif wurde im Einvernehmen mit den Interessenten mit der Bundesbahndirektion und mit der Schifffahrtsgesellschaften ausgearbeitet. Die Tarifsätze sind gegenüber den früheren durchwegs niedriger.

GR. Zimmerl (E. L.) erklärt, dass die städtischen Lagerhäuser unter der früheren Verwaltung Musteranstalten waren. Sie haben die Konkurrenz durchgestanden und waren für die Approvisionierung Wiens von ganz besonderer Bedeutung. Nach dem Umsturz ist aus den Lagerhäusern ein sozialdemokratischer Betrieb geworden, für den nicht weniger als 30 Milliarden verpulvert worden sind. Die Sozialdemokraten haben aus einem städtischen Unternehmen einfach einen Betrieb gemacht und diese Reorganisation war die erste Blamage. Es wurde auch in technischer Beziehung reorganisiert, was ebenfalls nur zum Schaden der Lagerhäuser geschehen ist. Die Voraussetzung für die jetzigen neuen Tarife war das Uebereinkommen mit der Konkurrenz, mit der Sie einen

Kartellvertrag abgeschlossen haben. Auf Ihrem Parteitag schreiben Sie "Nieder mit der Privatwirtschaft" und im Gemeinderat heisst es "Her mit der Kartellwirtschaft". Wir wollen nur hoffen, dass die neuen Tarife mit dazu beitragen, dass die städtischen Lagerhäuser wieder eine Musteranstalt der Gemeinde Wien werden. (Beifall bei der Einheitsliste).

In seinem Schlusswort tritt Stadtrat Kokrda verschiedenen Bemerkungen des Gemeinderates Zimmerl entgegen. So erklärt er, dass die städtischen Lagerhäuser mit der Approvisionierung nie etwas zu tun haben. Der Wiener Markt kann überfüllt und die städtischen Lagerhäuser leer sein; auch unter Ihrer Herrschaft haben Sie die Lagerhäuser nicht immer voll gehabt. Die Schwierigkeiten, die die Lagerhäuser durchmachen mussten, haben alle an der Donau bestehenden Unternehmungen mitmachen müssen. Die Vereinbarungen mit der Bundesbahndirektion und den Schifffahrtsgesellschaften haben auch schon unter der Herrschaft der Christlichsozialen Partei bestanden, sie sind für die Existenz der Lagerhäuser notwendig. Die Behauptung des Gemeinderates Zimmerl, dass bei den Lagerhäusern 30 Milliarden verpulvert worden sind, ist eine Ueberreibung, deren man sich im Gemeinderat nicht schuldig machen sollte. Gemeinderat Zimmerl was sehr wohl wie die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen und wie die Verhältnisse in den anderen Lagerhäusern sind. Die Umwandlung in einen Betrieb ist nicht erfolgt, um irgendetwas leichter vertuschen zu können.

Gemäss dem Antrag des Berichterstatters wird der neue Gebührentarif der Lagerhäuser der Stadt Wien genehmigt.

GR. Beisser referiert über die Bewilligung eines Zuschusskredites von 4000 Schilling für Reparaturen an Ausrüstung der städtischen Feuerwehr.

GR. Stöger (E. L.) bemerkt, die steigende Zahl der Feuerwehrunfälle sei ein schlagender Beweis dafür, wie schlecht das System bei der Feuerwehr ist. Nicht dem Personal ist die Schuld an diesen unerträglichen Zuständen zu geben, vielmehr liegen technische Mängel vor. Der Redner kritisiert vor allem die unrichtige Gewichtsverteilung bei den Feuerwehrgeräten und ersucht den Referenten um Aufklärung über diese Frage. Er führt Beschwerde darüber, dass sich in den letzten Monaten die Feuerwehrunfälle ausserordentlich gehäuft haben und bespricht namentlich den Unfall, der sich bei dem Feuer am Kahlenberg am 14. August ereignete. Dabei wurde ein Feuerwehrmann zu Tode geschleift. (Hört, Hört bei der E. L.) Der Unglücksfall erklärt sich daraus, dass ein Autofahrer verwendet wurde, der vom Arzt schon vor Jahren als zum/Dienst untauglich erklärt wurde. Die Feuerwehr krankt an der Günstlingswirtschaft. Darauf ist es auch zurückzuführen, dass es dort viel zu viel Chargen gibt. Das Exerzieren wird planmässig vernachlässigt und auch die Adjustierung weist viele Mängel auf. Es wäre das wichtigste, dass endlich ein neuer Geist in dieses frühere Elitekorps einkehrt. (Beifall).

GR. Beisser erklärt, dass er die tiefen technischen Kenntnisse des Vorredners nicht besitze und daher ihm nicht gewachsen sei.

GR. Kunschak (E. L.): So benimmt sich ein Referent! Sie glauben, dass Sie Ihrem Namen Ehre machen müssen und benehmen sich wie ein Beisser vom Dragefeld! (Grosser Lärm auf beiden Seiten).

GR. Beisser erwidert, dass diese Aufregung unnütz sei, da er niemanden beleidigen wollte. Er erklärt nun, dass von einer unrichtigen Gewichtsverteilung bei den Feuerwehrgeräten keine Rede sein könne und nach wie vor das Gewicht im Grundbuch, so wie unter der früheren Verwaltung genau verzeichnet ist. Die Beschwerden entbehren jeder wirklichen Grundlage (Beifall bei der Mehrheit).

Schluss der Sitzung 20 Uhr.